

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT** Nr.: 12/06

MBI-Geschäftsstelle  
Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>



**Hände weg von den  
Ost-Ruhranlagen!**

Im Mai 2005 wurden die Ostruhranlagen als Gartendenkmal vorläufig unter Denkmalschutz gestellt, weil nach Einschätzung des Landeskonservators die Voraussetzungen des Denkmalschutzgesetzes NRW erfüllt sind.

Das Gutachten des Rheinischen Amtes für Denkmalschutz vom 16. Mai 2006 begründet eindeutig die Denkmalswürdigkeit der Ostruhranlagen, so dass die Obere Denkmal-

behörde mit Schreiben vom 31. Mai 2006 bei der Stadt Mülheim

den Antrag auf Eintragung in die Denkmalliste stellte. Dort heißt es u.a.: „Zur Herstellung des Benehmens gemäß 21 (4) DSchG NW bitte ich, mir den Entwurf ihres Eintragungsbescheides zuzusenden.“ Bis heute ist aber nichts geschehen! Deshalb haben die MBI für den Planungsausschuss am 12. Dez. dazu eine offizielle Anfrage gestellt.

## Zum Flugzeugabsturz auf der A52

Risiko Messeparkplatz/

**Gasröhrenspeicher am Flughafenrand!**

Das Maß ist voll! In den letzten zehn Jahren sind fünf Flugzeuge im näheren Umkreis des Messeparkplatzes abgestürzt (ein Flugzeug durch Blitzschlag in den Ruhrauen, ein weiterer Absturz in der Nähe des Einkaufszentrums Rhein-Ruhr, drittens auf einem Grundstück unmittelbar neben dem Messeparkplatz, viertens die Notlandung des Roten Barons auf dem Etuf-Sportgelände, fünftens jetzt der Absturz auf der A52 nur 1,5 Kilometer vom Erdgasröhrenspeicher entfernt). Bei einer Landegeschwindigkeit einer Piper PA 34 von 33 m/s wäre das Flugzeug nur 45 Sekunden später auf Höhe des Gasspeichers gewesen.

Das Inferno ist nicht vorstellbar, wenn demnächst ein Flugzeug über dem Messeparkplatz abstürzt, auf dem 5000 Autos abgestellt sind und unter dem in 1,5 m Tiefe der größte europäische Erdgasröhrenspeicher mit einem Druck von 100 bar liegt.



Die MBI fordern:

1. Aufgabe der Essener Parkplatzpläne
2. Verlagerung der Flugschulen an den Rand des Ballungsgebietes

3. ernsthafte Gefährdungsuntersuchungen zu dem Erdgasspeicher am Flughafenrand!

## INHALT

- Gartendenkmal Ostruhranlagen: Stadt untätig .....S. 1
- Heißer Herbst auf den Ruhrhöhen?! Eismanns Düsen-trieb und das Risiko Erdgasspeicher am Flughafenrand..S. 1
- Wiederholung des Bürgerentscheids gegen weitere Privatisierung der Daseinsvorsorge? .....S. 2
- Ruhrbania, die Aufsichtsbehörde und die real existierende Undemokratie: Und der Bürgerwille? .....S. 3
- Wenn die Zukunft Hochtief heißt ..... bleibt die Demokratie auf der Strecke! .....S. 4

„Düsenfieber“ auf den Ruhrhöhen? oder:  
Wie sich ein Geschäftsführer eine leise Düse herbeimesen wollte ...

Heute lautet die richtige Bezeichnung noch Luftlandeplatz Essen/Mülheim. Alle paar Monate kommt seit Jahren die nächste Begründung, warum aus dem Landeplatz ein „richtiger“ Flughafen werden soll. Zuletzt nun Messungen des Geschäftsführers Eismann zur "leisen Düse". Doch:



**Erstens:** Die Messergebnisse halten keiner Überprüfung stand, hat doch der Flughafen für sich selbst gemessen. Eismanns Düsen-Eifer(-trieb?) ist bekannt.

**Zweitens:** Eismanns Geschäftsflughafenkonzept ist mangels Nachfrage genauso gescheitert wie Wittkes Probedüse (selbst zur Fußball-WM keine Nachfrage!).

**Drittens:** Ein Düsenflughafen benötigt ein Instrumentenlandesystem (ILS). Wer soll das bezahlen?

Antrag für die Sitzung des Rates der Stadt Mülheim am 14. Dezember 2006  
 Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr möge beschließen:



**Zu der Frage:**  
 „Soll die Stadt Mülheim es in Zukunft weiterhin unterlassen, bei der Gründung neuer bzw. Änderung bestehender Gesellschaften im Bereich der Daseinsvorsorge Gesellschaftsanteile an Private zu übertragen?“  
 wird erneut ein Bürgerentscheid durchgeführt. Die Verwaltung wird angewiesen, alles Notwendige dafür in die Wege zu leiten, damit dieser vor den Osterferien 2007 stattfinden kann.

Am 27. Februar 2005 war der Bürgerentscheid in Mülheim erfolgreich, der es der Stadt nicht erlaubt, im Bereich der Daseinsvorsorge Gesellschaftsanteile auf Private zu übertragen. Gemäß § 26 Abs. 8 GO NRW ist die Stadt Mülheim zwei Jahre an den Bürgerentscheid gebunden. Danach können neue Entscheidungen durch einen neuen Bürgerentscheid oder per Ratsbeschluss getroffen werden.

Ende Februar 2007 endet die rechtliche Gültigkeit des Bürgerentscheids und verschiedene Entscheidungen stehen im Raum, die den Bürgerentscheid berühren.

Über die Frage, ob die wahlberechtigten Mülheimerinnen und Mülheimer auch über den Stichtag 27.2.07 hinaus gegen weitere Privatisierung sind, kann man nur spekulieren. Deshalb bietet sich als demokratisch sinnvolles Vorgehen die erneute Befragung der Bürger mittels eines Bürgerentscheids an.

Um dies möglichst zeitnah nach dem Stichtag 27.2.07 durchführen zu können, bietet sich ein Ratsbürgerentscheid an. Bekanntlich fand im Frühsommer in Hamm - im Vorgriff auf die beabsichtigte Gesetzesänderung auf Landesebene – bereits der erste Ratsbürgerentscheid in NRW statt. Auch in Dortmund gab es ähnliche Überlegungen.

Insbesondere auch im Hinblick auf den besorgniserregenden Vertrauensverlust, den unsere Demokratie zuletzt auf allen Ebenen zu verzeichnen hatte, wäre ein Ratsbürgerentscheid als Neuaufgabe des abgelaufenen vorbeugenden Bürgerentscheids zur Privatisierung ein mutiges und wichtiges Zeichen zur Rückgewinnung von Glaubwürdigkeit der Politik insgesamt.

Wenn dann auch noch alle sich – anders als vor dem Entscheid 2005 – aktiv an den Aktionen, Diskussionen und auch dem Streit über Sinn, Risiken und Notwendigkeit von Privatisierung beteiligen, kann das die Demokratie als solche nur beleben und den Mülheimer Mitbürger/innen das Gefühl (wieder) geben, dass es vorrangig um sie geht.

Immerhin ist die Privatisierung eine sehr zentrale Fragestellung mit grundlegenden Auswirkungen in vielen Bereichen und meist für lange Zeit. Die übergeordnete Frage von Privatisierung stellt sich im Übrigen im Jahre 2007 nicht anders als in 2005.

Mülheim, den 30.11.2006 i.A. der MBI-Fraktion: L. Reinhard, Fraktionssprecher



**gaspreise-*runter*-mh**  
**BürgerInitiative**

Sammelklage gegen die  
 überhöhten medl-Gaspreise läuft!  
 nächste BI-Sitzung  
 am 4. Januar, 19 Uhr, Altes Schilderhaus

**Wenn es Raffelt am Berg ....**

Frau OB Mühlenfeld ist als Rennvereinsvorsitzende gestürzt bzw. vorsorglich selbst zurückgetreten und Dezernent Cleven gleich mit. SPD-Chef Esser streicht sofort die MWB-Sponsorengelder. Dafür ist nun das Gespann Schlebusch/Schmitz am Drücker. Nur noch Golf statt Hottehü? Hat Mülheim sonst keine Probleme und Sorgen?

## Ruhrbania, die Aufsichtsbehörde und die real existierende Udemokratie oder: Wie wichtig ist eigentlich der Bürgerwille?

Die Demokratie ist ein Wert an sich, meinte Frau OB Mühlenfeld bei der 60-Jahr-Feier am 4. Nov. Demokratie von griechisch „demos“ und „kratie“ heißt „Herrschaft des Volkes“ oder anders ausgedrückt die Umsetzung des Bürgerwillens. Wie wenig davon in der Realität zwischen Mülheim und Düsseldorf zu erkennen ist, wenn es um das „Leuchtturm-“ bzw. Prestigeprojekt Ruhrbania geht, hat der Umgang mit dem Bürgerbegehren zum Erhalt der Ostruhnanlagen gezeigt. Bestätigt wurde jetzt auch noch aus Düsseldorf, dass auch ein gültiger Bürgerentscheid nicht wirklich ernst genommen werden bräuchte.

**Deshalb zur Erinnerung:**

**In der Ratsitzung am 13. Juni d. J. beschloss der Rat der Stadt Mülheim a.d. Ruhr mehrheitlich die Gründung einer „Ruhrbania Projektentwicklungsgesellschaft“ (RPG) als 100%ige Tochter der städtischen Tochter BHM (Beteiligungsholding Mülheim). In einem nächsten Schritt sollen dann ca. 50% Anteile der Projektgesellschaft an einen Privaten veräußert werden in einem EU-weiten Vergabeverfahren. Ziel und Aufgabe der Gesellschaft soll es sein, die heute anders genutzten Grundstücke des Projekts „Ruhrpromenade“ baureif zu machen. Die RPG soll per Geschäftsbesorgungsvertrag in Zukunft zudem ermächtigt werden, im Namen und auf Rechnung der Stadt die für das Projekt relevanten Grundstücke später zu veräußern.**

**In dem Brief an Innenminister Wolf vom 26.6.06 schrieben die MBI: „Zu verschiedenen Aspekten der RPG haben wir erhebliche Vorbehalte und wir ersuchen Sie zu prüfen, inwieweit nicht nur Recht und Gesetz verletzt wurden, sondern auch die Grundsätze der vorläufigen Haushaltsführung, in der sich die Stadt Mülheim bereits seit 1998(!) ununterbrochen befindet.**

- 1. Die geplante Übertragung widerspricht u.E. eindeutig dem erfolgreichen Mülheimer Bürgerentscheid vom 27. Feb. 2005, durch den der Stadt untersagt wird, städtische Gesellschaftsanteile an Private zu übertragen, wenn es sich um Bereiche der Daseinsvorsorge handelt.**
- 2. Die Verkleinerung und Besetzung des RPG-Aufsichtsrates geschah einzig und alleine mit dem Ziel, Personen auszuschließen.**
- 3. Das finanzielle Konstrukt der RPG ist abenteuerlich, riskant und unseriös, weil unkalkulierbare Folgekosten durch die Stadt und damit evtl. auch das Land NRW in größerem Ausmaße durchaus wahrscheinlich sind.“**

Zu 1. musste auch der RP den MBI recht geben, dass nämlich die „RPG“ dem Bürgerentscheid widerspricht. Doch er findet noch den Dreh, indem er sich formalistisch nur auf die Gründung der RPG bezieht, bei der noch kein Privater beteiligt ist. Da der Hauptzweck der „RPG“ aber genau die Beteiligung eines Privaten ist, widerspricht das dem Bürgerentscheid. Wenn der RP darauf verweist, dass die bindende Kraft des Bürgerentscheids nach 2 Jahren, also zum 27. Feb. 2007, ausläuft, will er sagen,

*„RP signalisiert: Keine Bedenken. Gründung Projekt-Gesellschaft nicht beanstandet“ (WAZ) und „Düsseldorf hält Gründung der Ruhrbania-ProjektentwicklungsgmbH für rechtmäßig“ (NRZ) lauteten die Überschriften. Zu einer MBI-Beschwerde aus Juni 06 an Innenminister Wolf hatte dieser sich wie üblich für nicht zuständig erklärt und die demokratie- und wahlunabhängige Zwischenbehörde des RP antwortete Ende Okt. an seiner Statt mit einem typischen Persilschein, wie für fast alles, was die Stadt Mülheim macht.*

ab dann darf die Stadt den Privaten beteiligen. Es bleibt aber bedenklich, wenn die Stadt 8 Monate vor Auslaufen der Sperrfrist durch den Bürgerentscheid eine Gesellschaft gründet, deren Hauptziel dem Bürgerentscheid widerspricht! Und bereits ein Jahr vorher, im März 2006, fand die europaweite Ausschreibung zur Suche von privaten Investoren für die „RPG“ statt, noch bevor es diese überhaupt gab.

**Das alles zeugt von einer deutlichen Mißachtung des Bürgerwillens und damit eher von einer demokratischen Unkultur, wenn der Bürgerentscheid wie ein Betriebsunfall behandelt wird, der die Herrschenden höchstens kurzzeitig aufhalten kann. Bereits in der „Schonzeit“ werden alle Grundsatzentscheidungen gefällt, auch gegen den noch geltenden Entscheid, so dass man/frau am Tage nach Ablauf der Gültigkeit loslegen kann.**

# Wenn die Zukunft Hochtief heißt .....



Der neue Hochtief-Chef war bisher schwerpunktmäßig für Betreibermodelle der Baufirma zuständig (Flughäfen, Schulen etc.). Die Baufirma baute und betreibt bereits einige Schulgebäude vor allem in England. Die Städte gehen dabei langfristige Verträge mit Hochtief ein. Also ein gutes und risikoloses Geschäft - für die Baufirma.

Hochtief war letztes Jahr an unsere OB Mühlenfeld herangetreten und die war nach eigenen Angaben hellauf begeistert, so dass „ich sofort zugegriffen habe“ (O-Ton Mühlenfeld). Die Bruchstraßenschule wurde als „Zukunftsschule“ auserkoren. Eine Pädagogin des Baukonzerns stellte im Feb. erst der Presse, dann der Politik das Konzept vor. Auf Konzernkosten wurde dann eine dicke Machbarkeitsstudie erstellt, die nachweist, dass alles abgerissen und neu gebaut werden muss/müsste, dadurch „natürlich“ billiger wird/würde, dafür aber auch erweitert werden muss/müsste durch

- **Umzug Kindertagesstätte „Menschenskinder“ von der Zunftmeister- zur Bruchstraße**
- **Erweiterung der Hauptschule Bruchstraße um einen Realschulzweig**

**Einzig der Hauptausschuss** (das einzige Mülheimer Gremium, in dem die SPD in Mißachtung der Wahlergebnisse nur 1 zusätzliche Stimme zur Mehrheit braucht!) **„beauftragte die Verwaltung, das Projekt auf der Basis der Machbarkeitsstudie weiter zu entwickeln und die Voraussetzungen für die Umsetzung der Konzeption zu schaffen.“** Exakt dieser Wortlaut wurde von SPD, CDU, Grünen und FDP beschlossen. Dem MBI-Antrag, eine Entscheidung über die „Zukunftsschule Eppinghofen“ zurückzustellen, bis ein neuer, belastbarer Schulentwicklungsplan beschlossen ist und der Bedarfsplan „Tageseinrichtungen für Kinder“ aktualisiert und beschlossen ist, stimmte keine/r aus diesen Parteien zu.

Dabei gibt es 3 dicke Brocken, die den VolksvertreterInnen eigentlich im Magen liegen müssten:

- 1.) Das ÖPP-Modell ("Öffentlich Private Partnerschaft") widerspricht dem erfolgreichen Bürgerentscheid vom 27. Feb. 2005 gegen weitere Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge.
- 2.) Da die Kinder- und Schülerzahl in absehbarer Zukunft abnimmt, werden in Zukunft Schulen und Tageseinrichtungen für Kinder geschlossen werden müssen. Die Erweiterung der Bruchstraßenschule präjudiziert die Schließung anderer Standorte. Das mag man auch so wollen, doch müssen solche heiklen Entscheidungen im jeweils dafür zuständigen Schul- bzw. Jugendhilfeausschuss gründlich vorberaten werden, muss zudem ausführlich mit den Betroffenen gesprochen werden, ansonsten droht Riesenärger. Schließung kirchlicher Einrichtungen und erhöhte KiGa-Gebühren haben zusätzlichen Handlungsdruck erzeugt. Da sind isolierte Vorentscheidungen wie zur "Zukunftsschule" kontraproduktiv. Auch die CDU hatte das kapiert, doch dann fiel sie wieder einmal um.
- 3.) Ruhrbania bedeutet bereits finanzielle Abenteuer am Fließband. Das nächste Abenteuer mit der Hochtief-Schule soll eingegangen werden, bevor auch nur einziges der anderen annähernd geklärt wäre (Rathausabriss, Medienhaus, Stadthalle ...). Blinder Aktionismus?!

Nach Adam Riese kann ein Projekt durch PPP bzw. ÖPP nicht billiger werden, weil ein Privater eben noch zusätzlich mit verdient. Die Stadt spürt das oft erst in ein paar Jahren, doch dann hat sie es nicht mehr in der Hand. Alle Beispiele, von denen etwa der Journalist W. Rügemer im Nov. in der VHS berichtete, zeigen, dass es immer teurer wird und dass als erstes Transparenz und demokratische Kontrolle vollends auf der Strecke bleiben. **PPP-Modelle bei Schulen sind Schuldenfallen zu Lasten der Kinder und Enkel!**

Das Hochtief-Projekt „Zukunftsschule Eppinghofen“ beweist auch bereits in der Planungsphase: Schulentwicklungsplanung der Stadt wird dem Bauwunsch des Konzerns untergeordnet, die zuständigen demokratischen Gremien werden nicht beteiligt, von betroffenen Eltern usw. ganz zu schweigen.

**.....bleibt die Demokratie auf der Strecke!**